

Seit Beginn der Corona-Pandemie sitzen nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch viele Mitglieder der Bundesregierung im Homeoffice. Für Digitalstaatsministerin Dorothee Bär ist das kein Neuland – als Netzpolitik-Pionierin arbeitet die CSU-Politikerin schon lange nur mit Tablet und Handy. Trotz des Fernunterrichts, den sie nebenher betreuen muss, berichtet die Mutter dreier Kinder am Telefon gut gelaunt über die Vorteile digitaler Bildung, die Chancen des Lockdowns und das Chaos rund um die Corona-App.

Frau Bär, machen Ihre Kollegen inzwischen die Mikrofone in Videokonferenzen aus, wenn sie nicht sprechen?

Das klappt mittlerweile schon besser. Manche sind sich allerdings noch immer nicht im Klaren darüber, was bei ihnen im Hintergrund zu sehen ist. Aber vielleicht sind das auch nur meine eigenen ästhetischen Ansprüche und den Kollegen ist es einfach egal, ob die Küche im Hintergrund aufgeräumt ist oder nicht. (lacht)

Und sind Ihre Kinder schon in die Konferenzen geplatzt?

Nein, sie wissen, dass ich arbeiten muss, aber ich bin neulich in den Geschichtsunterricht meiner Tochter geplatzt, weil ich zur Arbeit musste und mein Handy in ihrem Zimmer vergessen hatte. Da war ich dann eine sehr peinliche Mutter.

Sie haben drei schulpflichtige Kinder. Wie läuft das Homeschooling bei Ihnen?

Wie alle anderen Mütter und Väter muss ich mich nebenher darum kümmern. Das ist schon sehr zeit- und manchmal auch nervenaufreibend. Alles in allem bin ich trotzdem sehr zufrieden mit dem Unterricht meiner Kinder. Ich kenne aber natürlich auch viele Geschichten, da klappt es leider nicht so gut.

Was müsste verbessert werden, damit es besser klappt?

Es ist weniger eine Frage der Technik, auch nicht des Geldes. Natürlich gab es Anlaufschwierigkeiten, mit der Krise hatte keiner gerechnet. Aber inzwischen wurden vom Bund Mittel zur Verfügung gestellt, um bedürftige Kinder mit mobilen Endgeräten auszustatten, und um Lerninhalte und -lizenzen zu finanzieren. Da sind wir auf einem guten Weg.

Was ist dann das Problem?

Ich mache mir viel eher Gedanken darüber, ab welchem Alter die Technik in welcher Art und Weise eingesetzt wird. Bei jungen Schülerinnen und Schülern muss einfach immer eine Person mit dabei sein. Viele Eltern haben wegen ihres Berufes aber keine Zeit, den ganzen Tag neben ihren Kindern zu sitzen. Wenn wir das digitale Lernen ausbauen wollen, braucht es für jede Jahrgangsstufe und jedes Schulfach ein angemessenes pädagogisches Konzept.

Bekommen die Schulen da genug Unterstützung von den Kultusministerien?

Das kann man so pauschal nicht beantworten. Natürlich sind die Freiheiten, die vielen Schulen nun durch die Kultusministerien in dieser Krisenzeit gewährt werden, hilfreich. Diese Freiheiten müssen unbedingt auch nach der Krise aufrechterhalten werden. Es hilft nicht, wenn die Kultusministerien strikt einfordern, dass jede Schule ihr eigenes Medienkonzept ausarbeiten muss. Dies hindert Umzüge von Bundesland zu Bundesland oder sogar innerhalb eines Landkreises, weil es verschiedene Lehrpläne gibt. Digitale Mindeststandards sind bundesweit nötig, ohne alles bis ins Detail regeln zu wollen.

Welchen Mehrwert könnte mehr Digitalisierung in der Bildung auch nach der Krise bieten?

Kinder lernen in dieser Krise zwangsläufig, die Technik zu beherrschen, anstatt später von der Technik beherrscht zu werden. Kinder sollten schon in der Grundschule lernen, wie Algorithmen funktionieren oder – was Informationen im Internet angeht – Faktenchecks durchzuführen. Programmieren gehört in die Lehrpläne der Schulen. Nur so können wir auf Dauer wirtschaftlich und technisch wettbewerbsfähig bleiben. Ich kann mir auch vorstellen, dass man in höheren Klassen einen Tag komplett auf Onlineunterricht umsteigt. Der Vorteil



„In Veränderung sind wir keine Weltmeister“

Dorothee Bär Kinder lernen in der Corona-Krise, die Technik zu beherrschen, sagt die Staatsministerin für Digitalisierung. Ein Gespräch über Homeoffice, Homeschooling und die Bedeutung einer Corona-App. *Von Igor Steinle*



„Ich war schon immer der Meinung, dass wir das mit der Digitalisierung erst hinbekommen werden, wenn es irgendeine Art Knall gibt“, sagt Dorothee Bär.

Foto: Hauke-Christian Ditttrich/dpa

läge nicht nur im Bildungsbereich, es gäbe auch weniger Mobilität und wäre dadurch umweltschonender. Die Selbstständigkeit wird ebenfalls gefördert: Schüler könnten sich ihre Zeit selbst einteilen und entscheiden, ob sie morgens zuerst Mathe, Englisch oder Erdkunde lernen.

Viel wird aktuell auch über die Corona-Tracing-App gesprochen. Wird ihr Mehrwert nicht überschätzt? Man bekommt den Eindruck, die Pandemie wäre mit ihr besiegt.

Die App ist ein Baustein von vielen, mit denen die Pandemie eingedämmt werden kann. Genauso wie Hygiene, Desinfektion, Masken, Achtsamkeit oder das Niesen in die Armbeuge. Das sind alles verschiedene Elemente, die dazu beitragen können, dass wir gut durch die Krise kommen. Aber zu glauben, allein mit der App würde alles gut, ist ein zu hoher Anspruch.

Ähnlich wie bei anderen Digitalprojekten, etwa der elektronischen Patientenakte, will

die Bundesregierung es bei der App mal wieder besonders gut machen und droht dabei zu scheitern. Wieso kauft man nicht einfach eine fertige App von Ländern ein, die sie bereits haben?

Wir wollen eine freiwillige und datenschutzkonforme App haben, die ein hohes Maß an IT-Sicherheit gewährleistet. Ich bin mir nicht sicher, ob die Varianten aus anderen Ländern unseren rechtlichen Anforderungen gerecht werden würden.

Was den Datenschutz der App angeht, gab es ein regelrechtes Kommunikationsdesaster. Man hatte lange den Eindruck, dass die Regierung die Privatsphäre der Menschen nicht ernst nehmen würde. Glauben Sie, dass die App von den Menschen jetzt noch akzeptiert wird?

Die Art und Weise der Debatte hat natürlich nicht dazu beigetragen, die Akzeptanz der App in die Höhe schnellen zu lassen. Trotzdem hoffe ich, dass die App von vielen Menschen heruntergeladen wird.

Mehrere Unionspolitiker haben vorgeschlagen, die Verbreitung der App zu fördern, indem mit ihr bestimmte Vorteile einhergehen. Man könnte zum Beispiel früher wieder ins Kino gehen. Kommt das für Sie in Frage?

Die Benutzung der App wird nicht an Vor- oder Nachteile geknüpft werden. Wir wollen es aber in einem zweiten Schritt den Nutzerinnen und Nutzern ermöglichen, ihre Daten freiwillig der Forschung zur Verfügung zu stellen. Für mich ist entscheidend, dass die App nicht nur freiwillig, sondern auch datenschutzkonform ist. Da darf wirklich nichts schief gehen, das würde das Vertrauen der Menschen erschüttern.

Die Deutschen gelten als wenig digitalisierungsaffin, so auch die Regierung. Die Modernisierung der Verwaltung hakt, der Breitbandausbau auch. Wird sich das durch die Corona-Krise ändern?

In Sachen Veränderung sind wir tatsächlich keine Weltmeister. In den vergangenen Jahren ist ziemlich offensichtlich geworden, dass wir strukturkonservativer

„Die Mär vom faulen Angestellten im Homeoffice hat sich endlich erledigt“, sagt die Digitalisierungsbeauftragte der Bundesregierung.

Foto: Ute Grabowsky/imag

sind, als wir uns selbst einschätzen würden. Ich war schon immer der Meinung, dass wir das mit der Digitalisierung erst hinbekommen werden, wenn es irgendeine Art Knall gibt, also wenn wir aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sein werden, uns zu verändern. Dass der Lerneffekt jetzt anhand dieser schrecklichen Krise eintritt, habe ich mir natürlich nicht gewünscht.

Heißt das, wir waren zu satt?

Satt nicht nur in monetärer Hinsicht, sondern auch, was die Lebensbedingungen angeht. Ein Beispiel: Wenn ein Deutscher im Ausland krank wird, ist sein erster Wunsch in der Regel, nach Hause zu fahren, um in einem deutschen Krankenhaus behandelt zu werden. Ähnlich ist es

„Man kann in Deutschland so gut leben, dass man keine Notwendigkeit sieht, irgendetwas zu verändern.“

in anderen Bereichen: Man kann in Deutschland so gut leben, dass man keine Notwendigkeit sieht, irgendetwas verändern zu müssen. Deswegen fällt es uns auch so schwer, die digitale Verwaltung voranzubringen. Natürlich nervt es, anstehen zu müssen, aber letztendlich bekommt man, was man benötigt. Es fehlte deswegen an Problembewusstsein. In der Krise ändert sich das nun.

Arbeitsminister Heil will den Rückenwind nutzen und ein Recht auf Homeoffice gesetzlich verankern. Hat er da Ihre Unterstützung?

Ich wünsche mir sehr, dass alle Menschen mehr von zu Hause aus arbeiten können. Die Mär vom faulen Angestellten im Homeoffice hat sich endlich erledigt. Aber dass man das gesetzlich vorschreiben muss, sehe ich nicht. Ich warne sogar davor: Das führt nur dazu, dass dann auch reglementiert wird, wie der Schreibtischstuhl zu Hause auszusehen hat und so weiter. Das entspricht einfach nicht der Lebensrealität. Wer zu Hause arbeitet, arbeitet auch vom Wohnzimmersofa aus. Es wäre auch nicht in jedem Betrieb realisierbar, Homeoffice anzubieten. Wir müssen den Unternehmen jetzt den Rücken stärken, damit sie die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie überstehen können, und ihnen nicht noch mehr Regelungen aufbürden.

Sehen Sie auch Risiken bei der Heimarbeit?

Ich habe die Sorge, dass für viele Frauen Homeoffice oft auch mehr Haushalts- und Erziehungsarbeit bedeutet. Die Krise zeigt, dass wir noch nicht so weit sind, was Gleichberechtigung angeht. Mir ist wichtig, dass es für die einen nicht zur Belastung wird, während die anderen schneller Karriere machen. Präsenzkultur darf bei Beförderungen nicht ausschlaggebend sein. Es muss um Leistung gehen und nicht darum, wer als letztes im Büro das Licht ausmacht.

Worauf freuen Sie sich am meisten, wenn die Corona-Krise um ist?

Mal zwischendurch zum Italiener zu gehen, fehlt schon. Ich habe noch nie so viel gekocht und gebacken wie in den vergangenen Wochen, weil ich sonst nicht so oft zu Hause bin. Aber am meisten freue ich mich darauf, die „Corona-Geburtstage“ von meiner kleinen Tochter und mir nachzufeiern.

Mit 14 in die Junge Union, mit 24 in den Bundestag

Seit 2002 sitzt die gebürtige Bambergerin Dorothee Bär (42) für die CSU im Bundestag und vertritt dort den Wahlkreis Bad Kissingen. Mit 14 Jahren trat sie der Jungen Union bei, zwei Jahre später wurde die Tochter eines Bürgermeister CSU-Mitglied. Die Politikwissenschaftlerin ist nicht nur für die High Heels bekannt, in denen sie sich gerne sehen lässt. Sie gehört auch zu den ersten deutschen Politikerinnen, die die Bedeutung der Digitalisierung erkannt haben. 2013 wurde sie Parlamentarische Staatssekretärin im Verkehrsministerium, das auch für digitale Infrastruktur verantwortlich ist. Seit 2018 ist sie Staatsministerin für Digitales im Kanzleramt. Bär ist verheiratet und hat zwei Töchter und einen Sohn.